

dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8399** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Dann ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8400** ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Grüne. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8401** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Jetzt lasse ich über die **Beschlussempfehlung** zum Einzelplan 06 **Drucksache 14/8006** abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und somit der **Einzelplan 06 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Bauen und Verkehr

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“.

Ich weise darauf hin, dass hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8014 vorliegt. Außerdem gibt es Änderungsanträge der SPD und der Grünen.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich Städtebau und Wohnen

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Ruff-Händelkes von der SPD-Fraktion das Wort.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen geben immer Anlass, ein bisschen Abstand

vom aktuellen tagespolitischen Geschäft zu nehmen. Man tritt einfach ein paar Schritte zurück, um sich einen Gesamteindruck zu verschaffen – von dem, was passiert ist, und vor allen Dingen von dem, was noch passieren wird. Das versuche ich heute Abend zu später Stunde einmal.

In diesem Zusammenhang ist eines für uns ganz wichtig: Im Bereich Wohnungsbau hat Herr Minister Wittke sich einiges geleistet. Er hat sich nämlich etwas geleistet, was eigentlich nur von der Koalition von FDP und CDU begrüßt werden kann. Darauf komme ich später zurück.

Herr Minister, das Wichtigste, was im letzten Jahr passiert ist, ist aber, dass die LEG 2008 an Whitehall verkauft wurde. Noch einmal zur Erinnerung: Wir sprechen hier von Fonds der großen Investmentbank Goldman Sachs. 93.000 Wohnungen sind seit dem Verkauf dem Verantwortungsbereich der Landesregierung entzogen worden.

Die festgelegte Sozialcharta zeigt ihre ersten Lücken, und zwar auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Vor der Übergabe wurden noch schnell Mieterhöhungen vorgenommen, von denen der neue Eigentümer dann natürlich profitieren kann. Noch einmal zur Erinnerung, falls viele der Kolleginnen und Kollegen der FDP und CDU das vergessen haben: Dort leben fast ausschließlich Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen.

Herr Wittke, die Politik Ihres Ministeriums enttarnt damit vor allem den schauspielenden Ministerpräsidenten. Ich bezeichne ihn jetzt einmal als Schauspieler mit einer sozialen Aura; denn mehr ist es nicht. Er lässt zu, dass die Landeswohnungsbaupolitik geschwächt wird. Er lässt zu, dass die Einnahmen aus dem Verkauf der LEG nicht im Wohnungsbau verbleiben, sondern bei Minister Pinkwart oder – was noch weitaus schlimmer ist – in irgendwelchen Schattenhaushalten landen.

Man könnte ja annehmen, dass Ihr Engagement an anderer Stelle Früchte trägt. Wenn wir den Haushalt anschauen, sehen wir aber Folgendes: Als Gegenleistung haben Sie und Ihr Ministerium für den Verkauf der landeseigenen Wohnungen – wir haben es ganz genau nachgerechnet – nichts, aber auch absolut gar nichts bekommen.

Nun zur eigentlichen Wohnungsbauförderungspolitik des Landes: Ja, es ist ein leichter Zuwachs des Wohnungsbaus zu erkennen. Das gebe ich auch zu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man einmal ganz genau hinschaut, stellt man allerdings fest, dass das vor allem an Mitteln liegt, die häufig vom Bund kommen.

Was ist aber mit der aktuell wichtigsten Aufgabe, den Rückgang des Bestandes an bezahlbaren Sozialwohnungen aufzuhalten und vor allen Dingen bezahlbare Wohnungen altengerecht und energetisch zu sanieren? Richtig, die Förderprogramme für die Bestandspflege werden besser nachgefragt; das

haben wir festgestellt. Der Bedarf ist aber wesentlich höher als die von Ihnen veranschlagten Summen.

Dies war vorauszusehen. Nicht nur wir haben das vorausgesehen, sondern auch – was für Sie viel wichtiger sein sollte – die Fachleute und vor allen Dingen die kommunalen Vertreter. Sie haben immer wieder darauf hingewiesen. Auch Sie, Herr Kollege Sahnen – vielleicht darf ich Sie kurz zitieren –, haben schon Ende 2007 deutlich gemacht, dass 2050 ein Drittel aller Einwohner NRWs über 65 Jahre alt sein werden.

So weit möchte ich heute aber nicht in die Zukunft schauen; denn jetzt und in den nächsten Jahren müssen wir uns den Aufgaben stellen. Noch einmal zur Verdeutlichung: 70 % der Wohnungsbestände müssen saniert werden. Dazu sind 7 Milliarden € nötig. Wir müssen also eine Menge Geld aufbringen. Das haben uns die Fachleute mitgeteilt.

Wir haben dazu einen Antrag vorgelegt, der morgen auf der Tagesordnung steht; denn es ist wichtig, noch einmal darzulegen, warum wir das Geld brauchen und für wen wir das Geld brauchen.

Diese Herausforderungen des sozialen Wohnungsbaus sind unserer Landesregierung bekannt; das wissen wir. Dass Experten den Bauminister in der letzten Zeit nachdrücklich auf den Handlungsstau und Handlungsdruck hingewiesen haben, wissen wir auch. Um es noch etwas deutlicher zu sagen: Bei der letzten Anhörung zum Wohnungsbauförderungsgesetz gab es unter den Expertinnen und Experten niemand, der nicht darauf hingewiesen hat.

Am Anfang meiner Zeit in diesem Parlament habe ich gedacht, dass Anhörungen einen Eindruck machen. Wie auch andere aus meiner Fraktion wäre ich positiv überrascht, wenn es gerade dann, wenn es um ein Konjunkturpaket geht, letztendlich aufgrund einer Einsicht von Ihrer Seite doch noch dazu käme, dass die Fachleute wahrgenommen und vor allen Dingen ernst genommen werden.

Heute Nachmittag gegen 16:30 Uhr hatten wir eine Dringliche Anfrage. Es war dabei ganz besonders interessant, dass nicht Herr Minister Wittke sich genötigt sah, zum sozialen Wohnungsbau Stellung zu nehmen, sondern dass Finanzminister Linssen im Rahmen dieser Anfrage unaufgefordert verkündete, der soziale Wohnungsbau werde gesteigert.

(Beifall von Minister Oliver Wittke)

– Ich freue mich über Ihren Applaus, Herr Minister; das ist ehrlich gemeint. – Und dies sagte er mit dem Zusatz: den Anforderungen entsprechend. Was aber mit der Vollintegration der Wohnungsbauförderungsanstalt in die NRW.BANK geschehen soll, dazu haben Sie, Herr Minister Wittke, nicht Stellung genommen. Sie sind der zuständige ...

(Minister Dr. Helmut Linssen: Lassen Sie sich überraschen!)

– Oh, wir lassen uns so gerne überraschen, wenn es gute Dinge sind. Noch einmal zum Verständnis: Das ist keine Überraschung. Was heißt Vollintegration? Vollintegration heißt – das wurde heute Nachmittag mehrmals gesagt –, es gibt keine politische Einflussnahme mehr auf die Wohnraumförderung. Das können Sie auch nicht leugnen, Herr Minister Linssen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Es gibt – das, Herr Minister Wittke, haben Sie heute Nachmittag mehrmals gesagt – viel eher eine mögliche oder gar wahrscheinliche Abschaffung der Zweckbindung des Landeswohnungsbauvermögens für Zwecke der Wohnraumförderung. Das Schlimme dabei ist, dass binnen kurzer Zeit – ich denke, es sind anderthalb oder zwei Jahre – die beiden wichtigsten und größten Instrumente des Landes in der Wohnungsbaupolitik einfach aus der Hand gegeben werden. Das ist für uns als SPD-Fraktion nicht hinnehmbar.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zusammenfassen: Mehr als eine halbe Milliarde € hat Minister Wittke der Wfa entzogen und dem Finanzminister zur Verfügung gestellt. 787 Millionen € bekommt Minister Pinkwart aus den Erlösen des LEG-Verkaufs. Die 18 Milliarden € Landeswohnungsbauvermögen gehen an die NRW.BANK, wenn Sie auch heute Nachmittag gesagt haben, die seien schon längst da. Aber das ist noch einmal etwas ganz anderes, meine Damen und Herren. Der Ausverkauf der Wohnungspolitik in NRW dürfte bald abgeschlossen sein.

Herr Minister Wittke, für die Wohnungspolitik des Landes tragen Sie – das sage ich jetzt schon seit drei Jahren – die Verantwortung. Ich denke einmal, dass Sie sie auch bis zum Jahre 2010 tragen. Aber es ist keine sozial verantwortliche und in die Zukunft weisende Politik. Die sieht nach unserer Meinung anders aus. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Antworten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Ruff-Händelkes. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Schemmer das Wort. Bitte schön.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir gerade die Rede von Frau Ruff-Händelkes angehört. Der Tagesordnungspunkt heißt eigentlich: Einzelplan 14 – Städtebau und Wohnen. Ich habe nur etwas zum LEG-Verkauf und zur Wfa gehört.

Wenn man die Frage von Städtebau und Wohnen auf LEG-Verkauf und Wfa reduziert und zehn Minuten braucht, um darüber einen Vortrag zu halten, dann hat man sich offensichtlich mit dem Haushalt selber überhaupt nicht beschäftigt.

(Petra Schneppe [SPD]: Das ist eine Unterstellung!)

Das scheint so zu sein und ist auch in Ordnung. Sie haben sich ja früher auch nicht damit beschäftigt. Da ist nur das nachgesungen worden, was Ihnen damals Herr Vesper vorgesungen hat.

Zur Sache: Wir haben einen Haushalt, den wir im Ausschuss für Bauen und Verkehr am 29.10.2008 bereits beschlossen haben. Was noch wichtiger ist: Im Einzelplan 14 haben wir 4,5 % mehr an Finanzmitteln, um Dinge zu machen, die wirklich getan werden müssen. Selbst vor den Hintergründen der heraufziehenden Finanz- und Wirtschaftskrise sind meiner Meinung nach gute Ansätze gefunden, um Lösungen trotz der im Haushalt immer noch zu schulternden rot-grünen Erblasten zu finden. Wir haben ja nicht umsonst 5 Milliarden € an Zinsen und Tilgungen zu zahlen.

Um auf den Bereich Wohnen zu kommen: In der Wohnraumförderung haben wir 2005 die Spielregeln an die Bedürfnisse angepasst. Wir haben den Kreis der Förderberechtigten angehoben, die Einkommensgrenzen und die Darlehenshöhen geändert. Wir haben das Bestandsinvest geschaffen, das jetzt zu der tollen Abfrage geführt hat – wir freuen uns darüber –, die energetische Sanierung nachgearbeitet und an Barrierefreiheit einiges getan. Klimaschutz, Sanierung und Modernisierung waren unsere Überschriften. In der Sache Barrierefreiheit, Altersentwicklung haben wir auch einiges getan.

Dann hatten wir im Wohnungsbau 2005/2006 noch bis ins Jahr 2007 hinein erhebliche Vorzieheffekte wegen der weggefallenen Eigenheimpauschale. Bis dahin ist das Programm relativ gut gelaufen. Dann wurde es deutlich schlechter, auch natürlich durch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau, die bundesseitig gekommen sind.

Im Jahre 2008 haben wir eine Änderung erlebt. Aus dem Programmvolumen von 840 Millionen € sind 950 Millionen geworden. Wir haben Wort gehalten, Minister Wittke hat Wort gehalten: Wir haben alle förderfähigen Anträge bewilligt.

(Dieter Hilser [SPD]: Was heißt denn „wir“?)

– „Wir“ heißt: das Land Nordrhein-Westfalen. Worüber reden wir denn jetzt?

(Zuruf von der SPD)

– Die Wfa, selbstverständlich, weil wir ordentlich mit dem Wfa-Vermögen umgehen und das nicht so machen, wie Sie das gemacht haben.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Ich komme gleich darauf zurück. – Noch drei Sätze, die sind auch sehr wichtig, wenn wir schon über den Haushalt reden.

Zur Frage Wohngeld: Aus 180 Millionen € in Sachen Wohngeld sind 275 Millionen € geworden, zur Hälfte vom Bund, aber zur anderen Hälfte auch vom Land. Dazu waren Sie gar nicht fähig. Wenn ich mir das im Weiteren angucke, auch unter Einbeziehung der Heizung: Die Wohngeldbezieher bekommen im Durchschnitt statt 100 € jetzt 140 €. Das ist Umverteilung von oben nach unten, wie Sie immer so schön sagen. Das ist nämlich die Verteilung dahin, dass die Schwächeren Geld erhalten.

Bei der Stadterneuerung stehen uns 121 Millionen € zur Verfügung, insbesondere auch dafür, um die Kofinanzierung des Bundes zu regeln. Ich denke, dass es auch wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass der Stadterneuerung 114 Millionen € zufließen. Das wäre sicherlich nicht möglich gewesen, wenn wir die Gewinne aus der Wohnungsbauförderung – jährlich 80 Millionen € – genommen hätten, um Bundeszuschüsse kofinanzieren. Wir geben eben nicht EU- und Bundesmittel zurück, sondern wir sehen zu, dass es anders ist als früher, dass nämlich das Geld hier im Lande bleibt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir geben eine Menge im Bereich Städtebau aus, wobei der Anteil, der in die energetische Sanierung geht, sehr hoch geworden ist. Ich denke, das ist auch gut so.

Es war vielversprechend und ein guter Hinweis, dass Sie überhaupt nicht auf die rot-grünen Anträge eingegangen sind. Das, was vorgelegt wurde, war nicht solide finanziert; deshalb wurde es auch teilweise zurückgezogen.

Und ich erinnere noch einmal daran, wie es früher mit Ihren völlig unrealistischen Haushaltsansätzen war. Da erinnere ich insbesondere noch einmal an die 100 Millionen € im Jahre 2003 als Einnahme aus der Teilveräußerung der LEG. Solche Luftbuchungen haben wir nicht gemacht. Die haben Sie doch in Ihrer Koalition gemacht. Sie hatten völlig unrealistische Steuerschätzungen. Sie haben globale Minderausgaben hineingeschrieben, die Sie bestenfalls durch nicht getätigte Investitionen realisiert haben.

Wie waren denn die Haushalte von Rot-Grün der letzten Jahre? – Im Entwurf standen 2 bis 3 Milliarden € Neuverschuldung. Im Vollzug mussten es dann schon mindestens 6 Milliarden € sein.

Schauen wir uns doch einmal den Haushalt 2009 an. Der Haushalt 2008 hat schon ein hervorragendes Ergebnis gezeigt. Der Haushalt 2009 wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen auch ein gutes Ergebnis schreiben, zumindest im Vergleich zu anderen Bundesländern. Und in der Summe, bezogen auf den Teilbereich „Städtebau und Woh-

nen“ des Einzelplans 14, gilt: Der Haushalt ist sparsam, solide, und er ist im Gegensatz zu früher auch auf die Zukunft ausgerichtet. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter FDP und CDU hat sich die Städte- und Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen zu einer pragmatischen und effektiven Politik gewandelt. Städtebauleuchtturmprojekte wie in Oberhausen oder anderen Städten, immer von der SPD gepuscht, gibt es seit 2005 nicht mehr. Wir haben in den vergangenen Monaten im Ausschuss und in diesem Hohen Haus oft über einzelne Elemente diskutiert, und aufgrund der sehr fortgeschrittenen Zeit spreche ich nur einige wenige Punkte an.

Wir können uns noch gut erinnern: Wir haben das gemacht, was wir im Wahlkampf versprochen haben. Wir haben die Kündigungssperrfristverordnung und die Zweckentfremdungsverordnung – und damit wirklich überflüssige Verordnungen – abgeschafft. Wir haben im Baugesetzbuch – auch noch im vergangenen Jahr – eine ganze Reihe von Erleichterungen vorgenommen. Beispielhaft nenne ich hier Bereiche wie Terrassenüberdachungen, Garagen oder überdachte Stellplätze, Gewächshäuser, Abstandsflächen. Wir haben eine überzogene Genehmigungspflicht bei kleinen Bauvorhaben reduziert.

Meine Damen und Herren, mit dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften haben wir den Städten ein weiteres Instrument gegeben, um die historisch gewachsenen Geschäftszentren zu stärken.

Wir haben die LEG mit den höchsten Sozialstandards bundesweit zu einem akzeptablen Preis verkauft – ganz im Gegensatz zu zahlreichen großen Immobilienverkäufen von Institutionen, meine Damen und Herren, die der SPD sehr nahe stehen. Dort gab es nämlich überhaupt keine Sozialstandards.

Im kommenden Jahr werden die bekannten Städtebauförderungsprogramme in ihrem Volumen fortgeschrieben. Der Investitionspakt zur energetischen Sanierung der sozialen Infrastruktur wird seitens des Landes wie auch des Bundes erfüllt. Die Kofinanzierung der 11,2 Millionen € umfassenden Bundesfördermittel erfolgt schwerpunktmäßig aus dem Bauetat.

Ich begrüße es außerordentlich, dass wir mit dem Haushaltsplanentwurf 2009 auch der Neuorganisation des Grundstücksfonds ein großes Stück näher kommen. Ein Konzept für den neuen geplanten

Flächenpool Nordrhein-Westfalen wird gerade erarbeitet.

Obwohl, meine Damen und Herren, wir in diesen Plenartagen separat über die 6. Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes debattieren werden, möchte ich abschließend hervorheben: Das Landeswohnungsbauvermögen in Nordrhein-Westfalen ist im Vergleich zu anderen Bundesländern einzigartig. Das ist sowohl ein Verdienst der SPD als auch von Rot-Grün, aber genauso auch von Schwarz-Gelb.

Ebenso einzigartig im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen. Die Aufstockung des Wohnungsbauförderungsprogramms auf 950 Millionen € belegt die Schwerpunktsetzung der Koalition in diesem Bereich, und das wird auch in Zukunft so bleiben. Herr Hilser, Sie wissen das ganz genau, auch wenn Sie hier irgendwelche Märchen erzählen.

Die Städtebau- und Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, hat sich seit 2005 sehr erfolgreich entwickelt, und natürlich wird die Koalition auch in Zukunft diesen Weg fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als Nächstes spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist es interessant, Herr Rasche, dass Sie sich jetzt dafür loben, dass die Wohnungsbauförderung nunmehr wieder auf 950 Millionen € aufgestockt werden soll. Das ist übrigens eine Zahl, von der wir im Jahre 2005 gekommen sind, als Sie die Regierung übernommen haben, und die Sie konsequent und sukzessive abgesenkt haben, unter anderem über Gewinnentnahme und Überschussentnahme aus der Wohnungsbauförderungsanstalt. Wir haben uns in den letzten Jahren mehrfach darüber unterhalten. Dabei haben Sie jedes Jahr so getan, als sei das selbstverständlich.

Also, Sie müssen sich jetzt schon entscheiden. Entweder loben Sie sich jetzt dafür – ich sage gleich, warum das auch noch aus anderen Gründen unglaublich ist –, oder Sie müssten sich zumindest rückwirkend für die letzten Jahre dafür kritisieren lassen, dass Sie diese Summe vermindert haben.

Dass wir damit nicht falsch liegen – um den Bogen dahin direkt zu spannen –, hat die letzte Anhörung gezeigt, in der nämlich Ihrer Politik insbesondere hinsichtlich des Wohnungsbauvermögens letztendlich ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich darf noch mal zitieren: Das, was Sie mit dem Wohnungsbauförderungsvermögen machen, ist mieterfeindlich, mittelstandsfeindlich und als in einer besonderen Art und Weise schädlich für die Konjunktur bezeichnet worden. Das sind nicht alleine die Worte der Opposition, sondern auch die Expertinnen und Experten aus den kommunalen Spitzenverbänden, der Bauwirtschaft, der Wohnungswirtschaft, den Spitzenverbänden der Architektenkammer und der Ingenieurkammer Bau haben Ihnen das ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe es an anderer Stelle schon gesagt und will es heute noch mal wiederholen: Der Wohnungsbauminister ist in den letzten Jahren in der Wohnungsbauförderungspolitik und in der Städtebauförderung mit der Abrissbirne übers Land gezogen – zugunsten des Finanzministers, wenn man sich die Zahlen anschaut. Wir haben den aktuellen Konflikt, wer sich durchsetzt, heute schon wieder erlebt: der Finanzminister mit seinem Interesse bei der NRW.BANK – im Hintergrund zum Beispiel Bewertungsprobleme der WestLB-Anteile in der NRW.BANK oder Bewertungsprobleme mit Staatsbürgschaften – oder jemand, der sich um die Wohnungswirtschaft kümmern will. Man muss feststellen: Egal, ob dieser Wohnungsbauminister will oder nicht will, er kann auf jeden Fall nicht, er kann es nicht und er kümmert sich nicht um die Wohnungswirtschaft.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist interessant zu sehen, wann die Berichte über die Veränderungen bei der NRW.BANK und bei der Wfa in der Zeitung aufgetaucht sind. Sie sind just einen Tag, nachdem die Koalition bzw. der Wohnungsbauminister faktisch nichts anderes als eine Teilrücknahme der Kürzungen der letzten Jahre verkündet hat, aufgetaucht. Mit Verlaub, um es auf den Punkt zu bringen, das war das Bonbönchen, das Helmut dem Olli für ein Jahr gegeben hat. Danach beginnt die Kürzungsorgie wieder genauso, wie sie in den letzten Jahren stattgefunden hat.

Natürlich, Herr Schemmer, hat sie nicht nur im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung über die Wfa stattgefunden, sondern zum Beispiel auch bei der Städtebauförderung. Wir haben im Haushalt 2006 die Veränderung bei der Haushaltssystematik kennengelernt. Die Zweckbindungen sind aus dem GFG herausgenommen und es ist in die Einzelpläne überführt worden. Der Finanzminister hat damals ausgeführt: Es wird kein Betrag verändert, der aus der Zweckbindung GFG in die Einzelpläne übertragen wird. Der Erste, der sozusagen einen Preis zahlen musste, war seinerzeit bei der Städtebauförderung dieser Wohnungsbauminister.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Er war der Erste, der innerhalb der laufenden Haushaltsvereinbarungen diesen Preis über die Veränderungsnachweise bezahlen musste. Dann wurde das damals mit zwei weiteren Veränderungsnachweisen im Zusammenhang mit dem Grundstücksfonds wieder „weggeschwemelt“.

Natürlich zählt all das zu dem, was Sie nicht machen. Dass Sie in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung immer wieder ausgeführt haben, dass die Wohnungsbauförderungsprogramme ja nicht in der vollen Höhe, wie sie bereitgestellt worden waren, gezeichnet wurden, hat zunächst einmal etwas damit zu tun gehabt, dass Sie die Förderung so umgestellt haben, dass es eine ganze Zeit lang gedauert hat, bis die Antragsverfahren liefen und sich die Verbände, Interessengruppen auch entsprechend aufgestellt hatten. Wenn man sich das Jahr 2008 anschaut, sind die Wohnungsbauförderprogramme bei der Wfa wieder überzeichnet gewesen.

Zunächst müssten wir uns die Frage stellen, was und wie viel in den nächsten Jahren im Lande Nordrhein-Westfalen gebraucht wird. Aus unserer Sicht sollte man das, was Herr Schemmer eben gesagt hat, nicht tun – das hat aber auch keiner gefordert –: wüst quer durchs Land Geschossflächenbau. Wir brauchen vielmehr konzentriert Geschossflächenbau, insbesondere für sozial schwächere Mieterinnen und Mieter in der südlichen Rheinschiene, in den großen Ballungszentren, nicht unbedingt im Ruhrgebiet.

Aber im Ruhrgebiet brauchen wir zum Beispiel den Umbau. Wir brauchen einen ganz starken energetischen Sanierungsdruck durch die Förderprogramme. Wir haben zurzeit eine Situation, in der wir, wenn wir so weitermachen, noch mindestens 60 bis 70 Jahre brauchen, um die notwendigen Sanierungen abzuschließen. Das kann doch angesichts der Probleme nicht ernsthaft gewollt sein. Das kann auch nicht gewollt sein, wenn Sie glauben, in den nächsten Jahren noch mit niedrigen Gaspreisen davonzukommen. Auf Dauer wird das nicht der Fall sein.

Die Barrierefreiheit und die Altersarmut werden in den nächsten Jahren dramatisch steigende Probleme sein. Wenn Sie sich einmal die Statistiken anschauen, werden Sie das zur Kenntnis nehmen müssen. All das müsste eigentlich Gegenstand einer fortschrittlichen und den Verhältnissen entsprechenden Wohnraumförderungs politik sein. Von alledem sehen wir bei Ihnen nichts.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Lassen Sie mich noch kurz ein paar Takte zur LEG sagen, weil eben gefragt worden ist: Was haben LEG und Wfa mit dem Haushalt zu tun? Die Generalabrechnung mit dem Einzelplan 14 – Städtebau und Wohnen – hat schon ganz generell eine Menge damit zu tun.

Und auch an der Stelle gilt: Wer Wohnungsbaupolitik macht, wer Mieterinnen und Mieter im Blick hat, kann eigentlich nicht das machen, was Sie gemacht haben. Dass das ein Problem ist, sehen Sie an der ersten Welle von Mietsteigerungen, an ausbleibenden und gestoppten Modernisierungsvorhaben. All das sind veröffentlichte Tatbestände, die nachvollziehbar sind. Wir haben ausbleibende Investitionen. All das haben wir bei Whitehall, all das ist vorhergesagt worden, und all das ist von Ihnen bestritten worden. Wir sind jetzt in einer Situation – das sage ich Ihnen voraus –, dass wir es in den nächsten Jahren vor dem Hintergrund der Krise an den Finanzmärkten mit einer Verschärfung und nicht etwa mit einer Abflachung dieser Tendenz zu tun haben werden.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen heute zwei zentrale Anträge vorgelegt. Wir sagen noch einmal: Mit einem Sonderprogramm von 400 Millionen für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden soll das Land etwas tun. Und wir sagen noch einmal, dass wir im Rahmen des Konjunkturprogramms, von dem wir wollen, dass das Land selber etwas tut, 400 Millionen für die energetische Sanierung des Mietwohnbaus in die Hand genommen wissen wollen. Wer ernsthaft meint, dass das nicht nötig ist, ist aus unserer Sicht nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich unterstelle, Herr Bauminister Wittke – zum Verkehrsminister Wittke kommen wir später –, dass Sie ein Stück weit darauf setzen, viele Früchte Ihrer Arbeit, die noch kommen – das werden saure Früchte für die Mieterinnen und Mieter und für viele Bürgerinnen und Bürger sein –, nicht mehr zu verantworten zu haben, weil Sie dann aus dem Amt ausgeschieden sein werden und ein anderer das Amt übernommen hat. Das ist das Einzige, was Sie mit Ihren Vorgängerinnen und Vorgängern verbindet. Das heißt, Sie scheinen sich schon perspektivisch auf Ihre Flucht und auf den Verlust der Verantwortung in späteren Zusammenhängen vorzubereiten. Man hört ja, Sie wollen Fraktionsvorsitzender werden. Ich bin gespannt, was Sie später in dieser Rolle zu der Politik Ihres Nachfolgers sagen wollen. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe großes Verständnis dafür, dass sich Kollegin Ruff-Händelkes heute in dieser Haushaltsdebatte nicht mit Haushaltsdaten auseinandergesetzt hat,

weil dann Ihre Argumentation als Opposition schwierig geworden wäre.

Denn wie wollen Sie erklären, dass das Wohnungsbauförderungsprogramm in diesem Jahr 2009 von 840 auf 910 Millionen € steigt, wie wollen Sie erklären, dass zur Städtebauförderung von 114,1 Millionen € noch einmal 5,1 Millionen € allein an Landesmitteln zur Kofinanzierung des Konjunkturprogramms dazukommen,

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

wie wollen Sie erklären, dass bei der Denkmalpflege 5 % mehr im Jahre 2009 verausgabt werden, und wie wollen Sie erklären, dass das Wohngeld im durchschnittlichen Betrag von 90 auf 140 € im Jahre 2009 steigt?

Allein diese vier Daten zeigen, dass wir nicht nur inhaltlich eine Neuorientierung der Wohnungsbau- und Städtebaupolitik in Nordrhein-Westfalen vorgenommen haben, sondern auch finanziell kräftig draufgelegt haben. Dass Ihnen das nicht recht ist, das glaube ich. Darum versuchen Sie, hier immer wieder alte Kamellen aufzuwärmen.

Natürlich wäre es Ihnen lieb gewesen, wenn es nach dem Verkauf der LEG plötzlich überall im Land Panik gegeben hätte, so, wie Sie versucht haben, diese zu schüren.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Natürlich wäre es Ihnen lieb gewesen, wenn es große Mieterdemonstrationen vor dem Landtag gegeben hätte, die bis heute nicht stattgefunden haben, weil die Leute wissen, dass sie gut aufgehoben sind bei einer Sozialcharta, die ihresgleichen in Deutschland sucht.

Natürlich möchten Sie Unruhe in die Bevölkerung bringen, möchten Sie den Städten sagen, Städtebauförderung und Wohnungsbauförderung findet demnächst nicht mehr statt.

(Dieter Hilser [SPD]: So ist das!)

Aber diese Geschichte nimmt Ihnen keiner ab, und ich glaube, das ist auch schwierig bei den Zahlen, die ich vorgelegt habe.

(Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Darum werden wir eine Politik fortsetzen, die an den Erfordernissen der Zeit orientiert ist.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Wir werden bei der Wohnungsbauförderung nicht mehr mit der Gießkanne durchs Land laufen und beliebig fördern, was immer uns angeboten wird,

(Bodo Wißen [SPD]: Blödsinn!)

ganz im Gegenteil. Wir haben zum ersten Mal Förderschwerpunkte in der Wohnungsbaupolitik entwickelt. Wir sorgen dafür, dass beispielsweise den unterschiedlichen Erfordernissen auf den unter-

schiedlichen Wohnungsmärkten Rechnung getragen wird. Da muss man dann eben in Wachstumsregionen eine andere Politik machen als in Schrumpfsregionen. Da muss man im Ballungsraum eine andere Politik machen als in den ländlichen Räumen. Genau das tun wir mit unserer Wohnungsbauförderung.

Wir tun mehr für Familien mit Kindern. Wir tun mehr in den Regionen, wo es teuer ist, Eigentum zu bilden, wie die Eigentumsförderung überhaupt ein neuer Schwerpunkt unserer Wohnungsbauförderung geworden ist.

Das mag Ihnen alles nicht schmecken, aber ich sage Ihnen: Das ist zielgerichtet, und das zeigen im Übrigen auch die erfolgreichen Bilanzen der Wohnungsbauförderungsprogramme in den vergangenen Jahren.

(Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD] – Bodo Wißen [SPD]: Na ja!)

Meine Damen und Herren, wir werden auch künftig dafür sorgen, dass jeder gerechtfertigte Antrag in Nordrhein-Westfalen auf Wohnungsbauförderung berücksichtigt wird. Das haben wir in der Vergangenheit getan, das werden wir zukünftig tun.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Aber eines werden wir nicht mehr tun. Wir werden nicht die großen Wohnungsbaukonzerne fragen: Wie hättet Ihr es denn gerne, wo können wir Euch noch mal zehn, 20 oder 30 Millionen geben? Denn es war Ihre Wohnungsbaupolitik der Vergangenheit, dass Sie die Großen noch größer, die Fetten noch fetter gemacht haben, aber nicht dafür gesorgt haben, dass das Geld tatsächlich da ankommt, wo es hingehört.

(Beifall von CDU und FDP – Dieter Hilser [SPD]: Das glaubt der doch selbst nicht!)

Genauso ist es bei der Städtebauförderung. Auch da laufen wir nicht mehr mit der Gießkanne durchs Land, sondern wir sorgen dafür, dass an vier Schwerpunkten Prioritäten gesetzt werden. Jawohl, wir wollen die solidarische Stadt. Darum wollen wir auch weiterhin im Bereich des Programmgebietes „Soziale Stadt“ Schwerpunkte bei benachteiligten Stadtteilen setzen, weil wir nicht wollen, dass das, was einer meiner Vorgänger mal mit dem unseligen Ausdruck Armutsinsel bezeichnet hat, bei uns in Nordrhein-Westfalen um sich greift.

Wir wollen dafür sorgen, dass auch Stadtteile, die es aufgrund unterschiedlicher Ursachen schwer haben, auf die Beine gestellt werden und Hilfe zur Selbsthilfe erlangen.

Wir wollen aktive Stadtzentren haben. Wir wollen Innenstädte stärken. Das tun wir nicht nur mit Geld, sondern das tun wir auch dadurch, dass wir die Planungsvoraussetzungen so setzen, dass beispielsweise der Handel wieder da stattfinden kann,

wo er hingehört, nämlich in die Innenstadt. Wir haben Schluss gemacht mit einer Wildwestpolitik der Ansiedlung auf der „grünen Wiese“, die bei Clement und Co. noch üblich war. Wir wollen, dass Handel in der Stadt stattfindet, weil es nicht geht, dass wir uns sonntags immer darüber beklagen, dass die Innenstädte mehr und mehr veröden, aber montags dann dafür sorgen, dass Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ stattfinden kann. Das war Ihre Politik in der Vergangenheit. Dieser Politik haben wir ein Ende bereitet.

Wir wollen dafür sorgen, dass der Stadtumbau West endlich in Schwung kommt. Ich kann mich daran erinnern, wie es noch vor acht oder neun Jahren war, als der damalige Oberbürgermeister von Gelsenkirchen die damals sozialdemokratisch geführte Bundesregierung aufgefordert hat, Stadtumbaunotwendigkeiten nicht nur im Osten der Republik anzuerkennen, sondern auch hier im Westen die Notwendigkeiten im Stadtumbau zu sehen.

Gott sei Dank ist das mittlerweile bei allen angekommen, selbst bei den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, die damals noch für eine Politik im Bundesrat die Hand gehoben haben, die eine solche Notwendigkeit von Stadtbaumöglichkeiten und -notwendigkeiten im Westen der Republik nicht gesehen hat. Ich bin froh, dass wir mittlerweile einen deutlichen Schritt weiter sind.

Deshalb noch einmal: Ich glaube, dass wir in der Wohnungsbau- und in der Städtebaupolitik einen guten neuen Weg eingeschlagen haben, nicht nur inhaltlicher Art, nicht nur im Setzen von gesetzlichen Rahmenbedingungen, sondern auch mit einer ausreichenden Finanzausstattung, wie eindrucksvoll dieser Haushalt durch die Rahmendaten, die ich gerade noch einmal genannt habe, belegt.

Ich habe nur eine große Bitte zum Schluss. Ich habe diese Bitte schon häufig vorgetragen, und vielleicht findet sie doch irgendwann einmal Gehör. Hören Sie von der Opposition endlich auf, die Menschen im Lande zu verunsichern und Panikmache zu betreiben mit einem Gut, das ein ganz hohes ist, nämlich mit dem Gut der Wohnung. Denn Menschen wissen, dass Wohnen existenziell ist.

Wir wissen, dass Wohnen existenziell ist. Darum haben wir unsere Politik an den Bedürfnissen der Menschen im Bereich des Wohnens auch so ausgerichtet, wie wir sie ausgerichtet haben.

Aber wenn Sie ständig durch das Land laufen und versuchen, Unruhe zu stiften, wenn Sie ständig Menschen verunsichern, insbesondere sozial Schwache, Alte, Menschen, die nicht mehr mobil sind, dann leisten Sie der Wohnungsbaupolitik unseres Landes einen Bärendienst. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Es liegen zu diesem Teilbereich keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit kommen wir zum

Teilbereich Verkehr

Hierzu spricht für die SPD-Fraktion als erster Redner Herr Kollege Wißen.

Bodo Wißen (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Wittke, das war jetzt mal wieder typisch. Da pflaumen Sie unsere Kollegin Monika Ruff-Händelkes an, dass sie nicht zum Haushalt spricht, und dann führen Sie hier eine Tirade und ein Schauspiel auf, wie wir es auch schon dreimal gehört und gesehen haben: mit Allgemeinplätzen, wie es gar nicht anders geht.

(Beifall von der SPD)

Jetzt kommen wir einmal zum Haushalt, aber durchaus auch weiter gefasst. Wir wissen in diesen Tagen: Alle reden über Konjunkturprogramme, alle legen Konjunkturprogramme auf. Insbesondere die Infrastruktur wird dabei thematisiert.

Nur der Häuptling eines kleinen gallischen Bundeslandes mit 18 Millionen Einwohnern redet über die erhöhte Absetzbarkeit von Steuerberaterkosten oder über die kurzerhand erfolgende Verstaatlichung von Unternehmen, wie es einem südamerikanischen Staatspräsidenten regelrecht zur Ehre gereichen würde.

(Beifall von der SPD)

Ich sage: Unser NRW wird unter Wert regiert.

(Beifall von der SPD)

Das bevölkerungsreichste Bundesland hat mehr verdient als das. Das verkehrsreichste Land, das Logistikland Nummer eins, hat wahrlich mehr verdient als diese Regierung.

Im krassen Gegensatz zum Handeln der Landesregierung steht das effektive Handeln der SPD auf Bundesebene.

(Zurufe von der CDU)

Zur Stunde sitzen Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen der SPD in Berlin zusammen, darunter übrigens auch alle Spitzenkandidaten meines Wahlkreises, des Kreises Kleve.

(Zuruf von der SPD: Gehört Herr Linssen nicht auch dazu?)

Sie sitzen mit Frank-Walter Steinmeier zusammen und mit Bundesminister Wolfgang Tiefensee zusammen, und sie wollen gemeinsam beratschlagen,

wie wir die Infrastrukturprojekte möglichst schnell verwirklichen können.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

So, meine Damen und Herren, geht Konjunkturan-kurbeln, wie Münze sagen würde.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Da der Bund handelt und die Zögerlichkeit einiger Landespolitiker, vor allem natürlich der Finanzminister, kennt,

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

hat Herr Tiefensee ihnen jüngst eine Brücke geschlagen. Es gibt jetzt ein Arbeitsprogramm, ein wirkliches Investitionsprogramm: „Bauen und Verkehr“.

Herr Linssen, ich weiß nicht, ob Sie es schon wissen: Es gibt 1 Milliarde € Sie mussten dafür ja Anträge auf Bewilligung von Förderprojekten einreichen. Herr Minister Wittke, ich würde gerne von Ihnen wissen – vielleicht nutzen Sie gleich die Gelegenheit, um uns das zu erklären –, welche Anträge auf Bewilligung von Förderprojekten Sie eingereicht haben und welche gestern im Bundeskabinett bewilligt wurden. Ich fände es gut, wenn Sie das hier machen würden.

So geht Konjunkturprogramm, so geht Infrastruktur.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Mit Reden!)

„Werte schaffen für Morgen“, das ist die Devise meiner Partei.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Dabei sind diese Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wahrlich kein Luxus; denn wir wissen, bis 2025 wird in Deutschland ein Zuwachs des Güterfernverkehrs von 74 % erwartet. 74 %: Das ist die offizielle Zahl.

Wer in der Zukunft Staus vermeiden will, der muss jetzt die richtigen Weichen stellen.

Herr Wittke, Sie haben zu Beginn Ihrer Amtszeit – ich meine, das zieht sich so ein bisschen durch Ihre gesamte Amtszeit; aber auch zu Beginn – einigen Unsinn verbreitet. Einer davon war: Diese Staus sind jetzt alle meine. – Insofern ist es nur konsequent, dass wir nun die längsten Staus haben, die es in der Geschichte Nordrhein-Westfalens jemals gegeben hat.

Da es Ihnen sonst offenbar keiner sagt: Staus schädigen unser Land, Staus nerven, Staus verschärfen die Unfallgefahren, und Staus kosten Milliarden Euro. Das sind Milliarden Euro vernichtetes Volksvermögen.

Dass Sie als Reaktion darauf nun entlang der Autobahn Kunstwerke aufstellen wollen, ist eine nette

Idee – gegen die ich im Übrigen nichts habe; die finde ich sogar ganz interessant.

(Svenja Schulze [SPD]: Wenn man in einem kilometerlangen Stau steht, kann man gut gucken! – Heiterkeit bei der SPD)

– Die Kollegin sagt es gerade richtig: Dass man sich dank Ihnen in einem zwölf Kilometer langen Stau stundenlang ein Kunstwerk anschauen kann, kann ich nicht als wegweisende Verkehrspolitik sehen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Staubekämpfung geht anders. Es gab eine große Diskussion. Herr Wittke ist in der Verkehrspolitik mit vielen Dingen gescheitert, zum Beispiel in der Giga-liner-Diskussion.

Aber mit einem ist er zum Glück auch gescheitert, nämlich bei der Frage der Verwendung der Mautmehreinnahmen bei den LKW ausschließlich für Straßenbauinvestitionen. Das haben Sie gefordert, und das ist zum Glück so nicht durchgekommen. Das ist auch deswegen nicht durchgekommen, weil zu Recht die Schlussfolgerung gezogen worden ist, dass wir zwar da, wo es sinnvoll ist, Straßen ausbauen müssen, wir aber insbesondere auch in die Schienenstrecken investieren müssen.

Da sind wir gar nicht weit auseinander, etwa was das Thema „Eiserner Rhein“ angeht. Wir sind uns einig, dass wir dort einen zweigleisigen Ausbau brauchen, dass es eine elektrifizierte Strecke sein muss und dass der Lärmschutz gewährleistet sein muss. Darauf hat Wolfram Kuschke in seiner Rede insgesamt noch einmal hingewiesen.

Die gleiche Herausforderung stellt sich beim Thema Betuwe. Die Maasvlakte II im Hafen Rotterdam wird bald fertig sein. Dann werden noch viel mehr Güterwaggons über diese wichtigste Strecke durch unser Land laufen.

Das trifft natürlich auf enormen Unmut bei den Bewohnerinnen und Bewohnern entlang der Strecke. Es fehlen Unterführungen, es fehlen Überführungen. Wir brauchen lebendige Ortsteile, die eben nicht zerschnitten sind.

Ich meine, das sind besondere Härten, die da auf die Kommunen zukommen, und wir brauchen eigentlich alternative Finanzierungsmodelle, die eben nicht dazu führen, dass eine Stadt wie Emmerich dank dieses Eisenbahnwegekreuzungsgesetzes möglicherweise bis zu 85 Millionen € Eigenmittel beisteuern muss. Da würden auch die angekündigten Mittel von Minister Wittke in Höhe von 60 Millionen € auch nicht sehr viel weiterhelfen.

Ich hoffe, dass wir da zu anderen Lösungen kommen. Ich hoffe, dass sich die EU, auch finanziell, ebenfalls stärker engagiert. Aber da sind wir wahrscheinlich nicht weit auseinander.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Der Bund gibt am meisten, wie Sie sicherlich wissen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Weniger!)

– Na ja. – Herr Minister, der Ausbau der Wasserstraßen ist auch eine Möglichkeit, Staus zu vermeiden,

(Zuruf von Minister Oliver Wittke)

und ich fand die Idee, sich einmal zu überlegen, dass die Binnenhäfen untereinander besser kooperieren könnten, gar nicht so abwegig und gar nicht so schlecht. Das ist eine gute Idee. Sie muss ein bisschen mit Leben erfüllt werden.

Wir müssen sehen, was dabei herauskommt; denn das sind letztlich irgendwo auch Konkurrenten, und dann muss man einmal abwarten, welche steuernde Funktion Sie denn hier einnehmen wollen. Ich bin gespannt.

Wogegen wir natürlich sehr waren und auch weiterhin sind, ist die Tatsache, dass Sie einerseits die Binnenschifffahrt – die Binnenhäfen – stärken wollen, ihnen andererseits aber mit einem völlig unsinnigen Hafensicherheitsgesetz nach dem Motto „Privat vor Staat“ die Beine wegschlagen. Das geht überhaupt nicht. Das schadet unserer Infrastruktur, unseren Häfen.

(Beifall von der SPD)

Aber auch die vorhandene Straßeninfrastruktur muss intelligenter genutzt werden. Ich weiß, dass sowohl Bundesminister Tiefensee als auch Sie, Herr Minister Wittke, vom „intelligenten Asphalt“ gesprochen haben. Der ist mir bisher noch nicht direkt aufgefallen. Aber es liegt nahe: Im Asphalt liegen tatsächlich Verkehrsschleifen. So etwas müssen wir nutzen. Außerdem erzählen Sie seit drei oder vier Jahren – zwischendurch gab es die Fußball-WM –, dass Sie den Ruhrpilot weiterentwickeln wollen. Wollen wir einmal sehen, wohin die Reise geht. Das scheint ja ein Thema zu sein, das irgendwie in der Luft liegt. Ich hoffe nur, dass es dann ein zukunftsweisendes Projekt sein wird.

Kommen wir zum kommunalen Straßenbau. Das ist auch ein Beweis dafür, dass Sie nicht nur ein schlechter Minister sind – Entschuldigung –, sondern auch ein schlechter Ruhrgebietsabgeordneter.

(Beifall von der SPD)

Sie sorgen nämlich dafür, dass die Löcher in den Straßen, mit denen sich Herr Rasche ja gerne abfotografieren ließ, als er noch Oppositionspolitiker war, noch tiefer werden, dass es noch viel mehr Löcher gibt und dass es in der Heimatstadt des Ministers Wittke ganz, ganz viele Löcher gibt. Warum? – Weil der andere Minister, der noch anwesend ist, Herr Dr. Linssen, ständig in die Finanzierung eingreift

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Jetzt sind Sie dran! Ja!)

und weil er natürlich unsere Städte ganz, ganz alt aussehen lässt.

Auf die Idee, jetzt schon Kürzungen vorzunehmen, weil 2019 etwas in Kraft tritt, ist bisher auch noch niemand gekommen. Das ist wahrlich eine Argumentationsleistung.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Ich darf darauf verweisen, dass unter Ihrer Regierung die Kassenkredite enorm zugenommen haben. Ich habe jetzt gelesen, 50 % der Kassenkredite in der Bundesrepublik Deutschland sind im Land Nordrhein-Westfalen. Das haben Sie hier zu verantworten. Das sind dann etwa 14 Milliarden €. Sie würgen hier die Kommunen tatsächlich ab. Die haben dann nicht die nötigen Gelder, um die Infrastruktur fit zu halten.

Was brauchen wir noch? – Wir brauchen einen starken ÖPNV. Wir brauchen eine orientierte Politik, die sagt: Wir brauchen mehr Leute, die umsteigen vom Auto – möglicherweise auch vom Dienstwagen –

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das kann man aber nicht verlangen!)

in den Bus und in die Bahn. Das muss dann auch ein Vergnügen werden. Es kann dann nicht so sein, dass ein Minister achselzuckend dasteht, wenn Leute in der ersten Klasse wie die Ölsardinen durch die Gegend gekarrt werden.

Da muss auch einmal ganz pragmatisch geguckt werden. Wenn es in der Tat daran liegen sollte, dass man einen Wagen nicht mehr an die Lok dranheften kann, damit mehr Leute gleichzeitig diesen Zug benutzen können, dann kann man das ganz einfach lösen. Dann muss man sich eben Gedanken machen, wie man das voranbringen kann.

Das ist also weiterhin ein Riesenproblem. Die Kürzungen der Regionalisierungsmittel sind immer noch nicht aufgefangen. Das ist ein Problem, weil die Leute jetzt merken, dass ihre Buslinien gestrichen werden und der Bahnverkehr reduziert wird. Damit hängen Sie auch den ländlichen Raum wirklich ab. Dort wohnt ja beispielsweise Herr Linssen.

(Zuruf von der SPD: Das ist Absicht!)

Dort fährt dann von den ehemals vielleicht drei Bussen nur noch einer. Das kann so nicht weitergehen. Sie kümmern sich nicht darum, weil Sie sich wahrscheinlich schon als Oppositionsführer sehen. Dann müssen Sie aber vorher diesen Ornithologen beiseite räumen. Der kann dann die Vögel beobachten.

(Heiterkeit von der SPD – Zuruf von der SPD: Piepmatz!)

Dann können Sie vielleicht den Oppositionsführer geben, Herr Wittke. Aber bis dahin sollten Sie ein bisschen Verkehrspolitik für dieses Land machen, und zwar verantwortungsvoll.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schulte.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der sehr geehrte Vorredner hat wieder einmal sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Wissen und Unwissen bei ihm eine sehr weit gehende Schnittmenge sind. Vielleicht dient es auch der zeitlichen Orientierung, darauf hinzuweisen, dass die Karnevalssession noch einige Wochen entfernt ist.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das, was Sie jetzt erzählt haben, hat keiner verstanden!)

Der Haushalt 2009 im Einzelplan 14 ist nach wie vor eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung aller Verkehrsträger. Er ist Ausdruck des Stellenwertes, den der Verkehrsbereich im Gesamthaushalt einnimmt. Ich möchte das an einzelnen Punkten belegen.

Das Hauptziel im Bereich des Landesstraßenbaus ist die Substanzerhaltung. Hierfür stehen insgesamt 80 Millionen € zur Verfügung. Diese 80 Millionen € werden überwiegend für Fahrbahndecken- und Brückensanierungen zur Verfügung gestellt. Erprobt werden aber auch innovative Ansätze für die Instandhaltung des Netzes in Form von zwei PPP-Projekten, die auf 16 Jahre angelegt sind.

Für den Landesstraßenneubau haben wir 70 Millionen € vorgesehen. Damit steigt der Ansatz um 3 Millionen €. Das dient im Wesentlichen der Fortführung bereits beschlossener oder abzuschließender Maßnahmen. Dennoch werden fünf neue Projekte in das Landesstraßenprogramm für 2009 aufgenommen.

Darüber hinaus verbleibt es bei den 10 Millionen € für die kleineren Um- und Ausbaumaßnahmen, sodass wir – was unter Ihrer Ägide nie funktioniert hat – einen Gesamtbetrag von 160 Millionen € für die Verbesserung der Landesstraßenverkehrsinfrastruktur zur Verfügung haben.

Man muss nach wie vor darauf hinweisen, dass die Entwicklung der Planfeststellungsbeschlüsse für den Bereich des Bundesfernstraßenbaus, Bundesautobahnen und Bundesstraßen positiv ist. Die Zahl hat sich seit 2004 sehr stark nach oben entwickelt. Im letzten vollen Jahr Ihrer Regierungszeit gab es einen Planfeststellungsbeschluss. Das Jahr 2007 schloss mit 19 Planfeststellungsbeschlüssen ab. Das führte dazu, dass der Bund 822 Millionen € in

Nordrhein-Westfalen investierte. Es sind – das müssen Sie sich hinter die Ohren schreiben – nicht wie in der Vergangenheit in Ihrer Regierungszeit Mittel aus Nordrhein-Westfalen insbesondere in südliche Bundesländer abgeflossen, sondern Nordrhein-Westfalen hat in dieser Zeit nicht verbrauchte Mittel aus anderen Bundesländern angesogen und hier im Lande investiert.

Ein besonderer Schwerpunkt – das möchte ich insbesondere für die ländlichen Räume im Lande deutlich herausstellen – ist die Erhöhung der Mittel für den Radwegebau. Sie steigen gegenüber 2008 von 3,4 Millionen € auf 12,4 Millionen €. Wir bauen das bestehende Radwegenetz weiter aus und bauen so viele Radkilometer insgesamt, wie das in keinem Jahr der rot-grünen Vorgängerregierung möglich war.

Ein weiterer positiver Erfolgspunkt unserer Bilanz, der auch im Haushalt 2009 seinen Niederschlag findet, sind der Erhalt und der Ausbau des SPNV- und ÖPNV-Angebotes. Insgesamt stehen für Zwecke des ÖPNV 1,42 Milliarden € zur Verfügung. Auf der Grundlage des 2007 novellierten und 2008 in Kraft getretenen ÖPNV-Gesetzes stehen den Aufgabenträgern für die Sicherstellung eines angemessenen SPNV-Angebotes 812 Millionen € zur Verfügung. Das sind 12 Millionen € mehr als 2008 und mehr als 31 Millionen € mehr als im Jahre 2007.

Dass die Pauschale allerdings auch alternativ für andere Zwecke des ÖPNV eingesetzt werden kann, ist ein Ausdruck unseres Vertrauens zu den kommunalen Aufgabenträgern, die in Kenntnis der örtlichen Verhältnisse hier eine besondere Fähigkeit und Voraussetzung mitbringen.

Im Zusammenhang mit diesem Gesichtspunkt hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen am 19. Dezember im Streit zwischen dem VRR und der DB AG zugunsten der DB AG entschieden und die Zahlungsverweigerung des VRR für Unrecht erklärt. Gleichwohl haben beide Parteien Kompromissbereitschaft signalisiert und ebenfalls am 19. Dezember, durch dankenswerte Vermittlung unseres Verkehrsministers Wittke, ein Eckpunktepapier unterzeichnet, in dem sich die Bahn zu mehr Investitionen in Fahrzeuge und Qualität verpflichtet.

Bis Ende 2011 sollen 179 neue Elektrozüge beschafft und die alten E-Loks ausgetauscht werden. Die neuen Züge sind komfortabler und schneller. Zudem wird der Regionalexpress verbessert. Regionalbahnen sollen künftig pro Jahr im Gebiet des VRR 770.000 km mehr fahren als bisher. Insbesondere sollen Fortschritte, etwa auf den Regionalstrecken Münster – Düsseldorf, Hamm – Mönchengladbach, Hamm – Dortmund – Essen erzielt werden. Bis Ende 2009 gibt es diesbezüglich zwischen dem VRR und der Bahn AG verbindliche Regelungen. Das ist ein großer Erfolg, der im Zusammenhang mit diesem Rechtsstreit erzielt werden konnte.

Im letzten Jahr ist ein markanter Meilenstein durch den Masterplan NRW gesetzt worden, der die weitere Ablaufplanung für den RRX und die Finanzierungsvereinbarung über die Modernisierung von 108 kleinen und mittleren Bahnhöfen sowie eine Großmodernisierung der Empfangsgebäude der Hauptbahnhöfe in Duisburg und Düsseldorf vorsieht. Wir haben mit dem RRX das auf die Bahn gebracht, was Ihnen mit allen Metrorapid-Projekten in der Vergangenheit nicht gelungen ist. Über die Sicherstellung der Planungsmittel ist vereinbart, dass die DB AG das Projekt RRX in ihre Investitionsplanung aufnimmt und der Bund in dieses Projekt 1,5 Milliarden € investieren wird – ein gewaltiges Investitionspaket, das hervorragend in die derzeitige Landschaft passt und die Schieneninfrastruktur in diesem Land entscheidend stärkt.

Mein Fazit: Der Einzelplan 14 im Haushaltsplan 2009 ist sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft eine hervorragende Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Verkehrsinfrastruktur. Sie sollten deutlich sehen, dass in diesem Bereich Dinge auf den Weg gebracht worden sind, die in Ihrer Regierungszeit in kläglichen Anfängen stecken geblieben sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich die Rede des Kollegen Wißen eben verfolgte, kam mir der Gedanke: Wer kümmert sich eigentlich um einen Rettungsschirm der SPD? Wer macht das?

(Heiterkeit von Minister Oliver Wittke)

Lieber Herr Wißen, es gab mal Zeiten, da wurde die Verkehrspolitik der SPD durchaus mit viel Lob beachtet. Diese Zeiten sind aber längst vorbei. Zehn Jahre lang haben Sie das mit Ihrem Koalitionspartner, den Grünen, begründet. Aber der hält Sie heute nicht mehr. Sie können doch wieder vernünftige Verkehrspolitik machen. Aber Sie haben sich – insbesondere Sie, Herr Wißen – in den Gedanken nie von den Grünen befreit.

Meine Damen und Herren, „Mobilität ist Zukunft“ titelt heute ein aktuelles Wirtschaftsmagazin der Ruhr – und in vielen anderen Bereichen von Deutschland auch. Man könnte diesen Titel auch umkehren: keine Zukunft ohne Mobilität. Meine Damen und Herren, für Wachstum, für Wohlstand, für Arbeitsplätze sind Mobilität, Logistik und eine bedarfsgerechte Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Aus zwei Gründen besteht in diesem Bereich ein enormer Handlungsbedarf:

Erstens. Bei der alten Landesregierung ist der Verkehrsbereich aufgrund von zentralen Konflikten in der Koalition zum völligen Stillstand gekommen.

Zweitens. Enorme Verkehrszuwächse – zum Beispiel sollen sich die Containerverkehre bis 2015 verdoppeln – rollen auf uns zu.

Nur mit allen – ich betone: allen – Verkehrsträgern gemeinsam können wir diese Verkehrszuwächse auffangen. Dazu gehört natürlich auch die Straße. Es ist und bleibt eine grüne Illusion, die vorhandenen und künftig stark zunehmenden Verkehrsströme auf die Schiene verlagern zu können. Um nur die Hälfte des erwarteten Zuwachses auf die Schiene zu bringen, müssten die Kapazitäten verdoppelt werden. Wir alle wissen, wie unrealistisch das ist.

Im Bereich Verkehr, meine Damen und Herren, hat ein Politikwechsel stattgefunden wie kaum in einem anderen Bereich der Landespolitik. Schauen wir uns die einzelnen Verkehrswege an.

Straße. Rot-Grün hat die Landesstraßen, insbesondere deren Instandsetzung, sträflich vernachlässigt. Gegenüber 130,3 Millionen € im Jahr 2004 steigen die Gesamtinvestitionen in das Landesstraßennetz auf 172,4 Millionen € im Jahr 2009. Allein für die Erhaltung der Landesstraßen stellt das Land 2009 80 Millionen € zur Verfügung, rund 30 Millionen € mehr als im Jahr 2004 unter Rot-Grün. SPD und Grüne haben über Jahre bewusst dafür gesorgt, dass Bundesmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen nicht eingesetzt werden konnten, da viel zu wenig baureife Projekte zur Verfügung standen.

2004 – Herr Schulte hat es eben gesagt –, also im letzten Jahr vor dem Regierungswechsel, haben SPD und Grüne lediglich einen Planfeststellungsbeschluss für Bundesfernstraßen hinbekommen. Seitdem FDP und CDU in Nordrhein-Westfalen Regierungsverantwortung tragen, konnten über 50 Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werden. Endlich können die Bundesmittel, die Nordrhein-Westfalen zustehen, auch für den Fernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen komplett verbaut werden – eine hervorragende Leistung der neuen Koalition. Nur so kann man übrigens die Mittel aus dem Konjunkturpaket I abrufen. Das wäre unter SPD und Grünen niemals gelungen; Sie hatten ja keine baureifen Projekte.

Kommen wir zum Verkehrsträger Schiene. Im Dezember des vergangenen Jahres wurde der Masterplan Nordrhein-Westfalen zum Ausbau der Bahninfrastruktur unterzeichnet. Nachdem unter Rot-Grün jahrelanger Stillstand herrschte, ist das, wie Herr Schulte sagt, ein Meilenstein für die Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Verträge sind das größte Schienenpaket seit über 20 Jahren. – Herr Becker, ich weiß gar nicht, ob sich die Grünen in den letzten zehn Jahren gar nicht bemüht haben. Hinbekommen haben sie jedenfalls nichts.

(Horst Becker [GRÜNE]: Doch!)

Insgesamt fließen 3 Milliarden € in die Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Beim Projekt „Eiserner Rhein“ und der Fertigstellung der Betuwe-Linie sind wir weiter, als Rot-Grün jemals war. Die Sicherung der Mitte-Deutschland-Verbindung steht aktuell auf dem Programm.

Kommen wir zum Luftverkehr. Wie der Straßenbau ist auch der Luftverkehr bei der SPD und bei den Grünen ein rotes Tuch. Es wurde ein Luftverkehrskonzept beschlossen, das ab dem Tage des Beschlusses von den Grünen bekämpft wurde.

(Bodo Wißen [SPD]: Wo bleibt denn Ihr Konzept? Wann machen Sie eines?)

Was ist denn das für eine Verkehrspolitik?

(Bodo Wißen [SPD]: Sie haben ein Konzept versprochen!)

Mit Blick auf den Koalitionsfrieden beschloss man eine Konzeption. Am gleichen Tag bekämpfte man diese Konzeption in der Presse. So kam auch die Entwicklung des Luftverkehrs in Nordrhein-Westfalen zum absoluten Stillstand.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das macht die CDU bei Ihnen doch auch!)

CDU und FDP kommen zu einer sachlichen Abwägung der berechtigten Interessen der Anwohner sowie der Interessen des Luftverkehrs. Wir bemühen uns um individuelle Lösungen für jeden Flughafen in Nordrhein-Westfalen. Erst gestern wurde eine sehr gute Verständigung zum Flughafen Köln/Bonn gefunden.

Ich komme zur Binnenschifffahrt, meine Damen und Herren. Mit dem neuen Wasserstraßen- und Hafenkonzzept der Landesregierung arbeiten alle Akteure in Nordrhein-Westfalen gemeinsam an der Leistungsfähigkeit für Wasserstraßen und Häfen. Das Konzept der Landesregierung ist eine hervorragende Grundlage zur Stärkung des Logistikstandortes Nordrhein-Westfalen.

Beim Rad, beim ÖPNV und bei innovativen Verkehrsträgern sind wir ebenso auf einem guten Weg. Es ist gut, meine Damen und Herren, für die Verkehrspolitik, für Arbeitsplätze und für Wohlstand, dass seit 2005 die Verantwortung für den Verkehrsbereich bei Minister Oliver Wittke ebenso wie bei der Koalition von CDU und FDP liegt. Denn, meine Damen und Herren, die Vorgänger haben kläglich versagt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alles hat seinen Vorteil. Wenn man nach dem Kollegen Rasche spricht, kann man das Manuskript beiseite legen, weil man sich allein an dem – mit Verlaub – Unsinn abarbeiten kann, den er erzählt hat.

Ich möchte zunächst einmal damit anfangen, Herr Rasche, dass Sie sich eigentlich, obwohl Sie in der Regierung sind, immer wieder an rot-grünen Regierungszeiten abarbeiten.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich nehme das zur Kenntnis und stelle ganz trocken fest: Man muss den Eindruck bekommen, dass Sie verdammt wenig zu bieten haben, wenn Sie das nötig haben. Und: Wenn man in den Haushalt schaut, bestätigt sich dieser Eindruck.

Bevor wir aber über den Haushalt im Weiteren reden, möchte ich auch wie Herr Schulte und Sie über allgemeine Aspekte sprechen. Wenn Sie sich Ihrer Politik im Luftverkehr rühmen, ist zunächst einmal bei der Luftverkehrskonzeption, die am Anfang dieser Wahlperiode großspurig angekündigt wurde, festzustellen: Fehlanzeige!

(Bodo Wißen [SPD]: Sehr richtig!)

Sie kommt nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wissen Sie, warum sie nicht kommt? Weil Sie Angst haben, vor der Kommunalwahl die Schweinereien, die Sie den Leuten zumuten wollen, vor Ort zu vertreten. Sie schlagen sich stattdessen in die Büsche.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christof Rasche [FDP]: Unehrllich!)

– Sie können sich noch einmal melden.

Zweitens: Masterplan Schienenverkehr. Ich weiß – mit Verlaub –, dass es hier teilweise eine Allparteienkoalition mit Ausnahme der Grünen gibt, weil die SPD das Problem hat, dass Herr Tiefensee in Berlin noch halb im Boot ist.

(Bodo Wißen [SPD]: Na, na, na!)

Aber wenn wir uns die Fakten für diesen berühmten Masterplan anschauen, muss ich die simple Frage stellen: Was war denn der Anteil der Landes? – Er beträgt null.

Die zweite simple Frage lautet: Was machen Sie denn da? – Sie behaupten, etwas auf den Weg zu bringen. Jetzt rühmen Sie sich schon der Verankerung der Planungsmittel für den RRX.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist eine ganz große Leistung. Das sind etwa 150 Millionen € von 1,5 Milliarden € nach alten Kostenschätzungen, die inzwischen schon überholt sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Was haben Sie denn früher geleistet?)

Von diesen 1,5 Milliarden € ist bis zum Jahr 2020 im Haushalt des Bundes gerade einmal rund 1 Milliarde € etatisiert. Das heißt: Sie sind bis zum Jahr 2020 nach den heutigen Planungen keinen Schritt weiter, damit das Ding fährt. Noch vor zwei Jahren hat sich dieser Verkehrsminister, hinter dem Sie so freundlich herdackeln, gerühmt, spätestens im Jahre 2015 führe der RRX komplett; man sei bereit, weite Teile auch früher in Betrieb zu setzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Herr Wißen hat das noch vor sechs Wochen gesagt!)

Schauen Sie im Protokoll nach. Davon haben Sie einen großen Abstand genommen.

Ich komme zum dritten Punkt. Sie rühmen sich – dafür fehlt mir beim Blick in den Haushalt jegliches Verständnis –, dass Sie etwas für den ÖPNV täten. Aber was tun Sie für den ÖPNV?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Kürzen!)

Sie haben die Regionalisierungsmittel weitergereicht, die der Bund gekürzt hat.

(Christian Weisbrich [CDU]: Wieder der Bund!)

Sie haben die gekürzten Regionalisierungsmittel so weitergereicht, dass Sie den Kürzungsdruck an die kommunalen Verkehrsverbände weitergeleitet haben. Sie haben das „Pauschalisierung“ und „mehr Freiheit der Entscheidung“ genannt. Es ist immer schön, wenn man einem Dritten die Freiheit aufoktrojiert, den Sparszwang auszuüben, den man selber mit herbeigeführt hat. Das machen Sie!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist meiner Meinung nach eine absolut desaströse Verkehrspolitik. Im Durchschnitt – das betone ich – aller Tickets hat sich der ÖPNV in den letzten zweieinhalb Jahren um 13 % verteuert. Wenn man sich hingegen zum Beispiel die Jobtickets anschaut, stellt man fest, dass sie zum Teil zwischen 25 % und 30 % teurer geworden sind. Das müssen die Menschen pro Monat mehr als früher bezahlen, die bis vor Kurzem durch immens hohe Benzinkosten belastet waren und die auch in absehbarer Zeit mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder durch solche immens hohen Spritkosten belastet werden.

(Christian Weisbrich [CDU]: Und was soll man dagegen tun?)

Schauen wir uns einen weiteren Punkt an, bei dem es eigentlich um eine verhältnismäßig lächerliche Summe geht. Sie haben eben gesagt, die Mobilität sei eine ganz entscheidende Frage für die gesamte Bevölkerung. Aber wie stellen wir Mobilität für ärmere Menschen in unserer Bevölkerung her? Dabei

handelt es sich um eine Schicht, die durch die gesamte Politik immer größer geworden ist. Darauf finde ich von Ihnen überhaupt keine Antwort.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese Regierungskoalition hat darauf keinerlei Antworten. Sie delegieren das immer an die kommunalen ÖPNV-Verbände. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass Sie noch nicht einmal 30 Millionen € dafür aufbringen wollen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel dafür nennen, dass es sich bei diesen 30 Millionen € im Verhältnis um wenig Geld handelt. Sie haben allein diese Summe übertroffen und im Haushalt 2008 bei der Schülerbeförderung für die Kommunen und bei einem Teil der Behindertenbeförderung eingespart. Sie haben mehr eingespart, als es bei den gesamten Sozialtickets kosten würde, einen Landesanteil, wie wir ihn vorgeschlagen haben, aufzulegen. Auch dabei haben Sie versagt.

Sie rühmen sich der Stellen – das ist ähnlich wie beim Wohnungsbau, Stichwort: soziale Stadt usw. –, an denen der Bund Mittel durchreicht, die aus unserer Sicht nicht in jedem Fall die richtigen sind, da es an manchen Stellen zu wenige und an manchen Stellen zu viele sind. Sie benutzen dann immer wieder das Bild von den Planfeststellungsbeschlüssen, die Sie herbeigeführt hätten.

Wenn das alles ist, was Sie an Verkehrspolitik in diesem Land hinbekommen haben, die Planfeststellungsbeschlüsse im Straßenbereich von 1 auf 19 hochzuziehen, dann muss ich Ihnen sagen, dass wir unterschiedliche Ansichten darüber haben, was die Prioritäten in diesem Land sind. Ich und wir würden von Ihnen Antworten erwarten, auch vom Verkehrsministerium, zu der Frage, was Sie zum Beispiel in den Städten tun, damit der Feinstaub abnimmt und die umweltgerechte Mobilität eintritt.

(Christof Rasche [FDP]: Wir würden gerne Umgehungsstraßen bauen! Die Grünen verhindern das! Reden Sie einmal mit den Leuten an den Kreuzungen!)

– Ja, Sie bauen Umgehungsstraßen. Das ist das Einzige, was Ihnen einfällt. Das unterscheidet uns. Wir denken nicht nur in Umgehungsstraßen und Planfeststellungsbeschlüssen wie Sie von der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was wir brauchen und was wir mit diesem Verkehrsminister und dieser Koalition nicht bekommen, wären Konzepte, wie wir uns zum Beispiel vor dem Hintergrund des anschwellenden LKW-Verkehrs – Stichwort: Masterplan Güterverkehr; 86 % Zuwachs bis 2025 – in die Lage versetzen, mehr Verkehr auf die Schiene zu bekommen. Es hat niemand gefordert, Herr Rasche, den ganzen Verkehr auf die Schiene zu bringen. Aber bei Ihrer Politik findet überhaupt nichts an Verlagerung auf die Schiene statt.

Beim Eisernen Rhein gibt es ein Versagen auf der ganzen Linie. Nichts anderes als großspurige Erklärungen! Faktisch null weitergekommen! Betuwelijn? – Sie kommen überhaupt nicht weiter beim Lärmschutz und dem dritten Gleis. Sie behaupten das. Wenn sie weiterkommen, dann kommen Sie mit ÖPNV-Mitteln weiter. Das größte Investprojekt im ÖPNV-Bereich, das Sie als landesbedeutsames Netz im ÖPNV-Bereich eingeschrieben haben, ist die Betuwe-Line. Das ist eigentlich kein ÖPNV-Projekt im klassischen Sinne, sondern es ist mindestens ein Mixprojekt, an dem sich die Bahn eigentlich ganz anders hätte beteiligen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, das, was Sie hier als des Rühmens wert vorbringen, ist nicht aller Ehren wert, sondern eine schlechte Verkehrspolitik, eine Verkehrspolitik, die in der Sache überhaupt nicht ordentlich orientiert ist auf die Zukunftsfragen und die im Übrigen, um auch das einmal zu sagen, auf Bundesebene offensichtlich nicht durchsetzungsfähig ist.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle etwas mit auf den Weg geben. Sie haben in früheren Zeiten regelmäßig kritisiert, dass das Land Nordrhein-Westfalen in dem Verteilungsmechanismus auf Bundesebene nicht gut dastehe. Bezüglich der Regionalisierungsmittel, wenn ich das nach Strecke, nach Fahrgästen ausrechne, stelle ich fest, dass Nordrhein-Westfalen auf den hinteren Plätzen liegt. Je nachdem, wie man es rechnet, liegen wir auf dem 11. bis 15. Platz aller Bundesländer.

Ihr Rühmen über nicht zurückgeflossene Verkehrsmittel im Straßenbau bleibt so lange nichts wert, wie Sie es nicht einmal schaffen, wenigstens einen Teilbereich der Regionalisierungsmittel, die gekürzt worden sind, abzufedern und auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass dieses Bundesland, das Bundesland mit den meisten Fahrgästen, mit übrigens einem erheblichen Gewinn der Bahn im Regionalverkehr – die höchsten mit bundesweit –, endlich einmal so behandelt wird, wie es seine Fahrgäste, die Menschen hier verdienen, und es nicht weiter passiert, dass die Bundesbahn hier gekauftes Wagenmaterial im Osten einsetzt und hier mit dem alten Schrott weiter herumfährt.

Das alles schaffen Sie nicht. Deswegen gehören Sie spätestens im Jahre 2010 von den Regierungsbänken abgelöst. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist

schon erstaunlich, dass die Vertreter der Opposition eine Haushaltsdebatte völlig ohne Zahlen führen können. Wenn wir schon Haushaltsberatungen haben, dann sollten wir über das reden, was in diesem dicken blauen Buch,

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

in das Sie vielleicht Gelegenheit hatten, Herr Wißen, hineinzuschauen, steht.

Ich will Ihnen einige Zahlen nennen. Im Bereich der Landesstraßen steigt der Haushaltsansatz von 133,7 Millionen € auf 172,4 Millionen €. Beim Substanzerhalt wird es künftig 26,7 Millionen € mehr geben, nämlich 80 Millionen € mehr als nie zuvor in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Im Bereich des Neu- und Ausbaus wird der Ansatz um 3 Millionen € auf 70 Millionen € steigen. Beim Radwegebau – das muss Ihnen von den Grünen doch ganz besonders gefallen, oder vielleicht tut es Ihnen weh, weil Sie es nicht gönnen, weil Sie nur parteipolitisch denken können – wird der Ansatz um 9 Millionen € auf 12,4 Millionen € steigen. 1,41 Milliarden € werden wir für den ÖPNV ausgeben. Und im Bereich der Binnenschifffahrt werden wir 15 % mehr, nämlich 12 Millionen € im nächsten Jahr ausgeben.

All diese Zahlen sind nicht irgendwelche Propaganda, nicht ein Hirngespinnst des Verkehrsministers, sondern nachzulesen im Haushaltsplan für das Jahr 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen. Wie Sie vor diesem Hintergrund auf den Gedanken kommen, die Verkehrspolitik wäre auf dem Abstellgleis und hätte einen geringen Stellenwert, wie Sie es hier vorgetragen haben, bleibt Ihr Geheimnis.

Ich will aber noch einige Bemerkungen mehr machen. Wir werden in diesem Jahr 2009 zum ersten Mal mehr als 1 Milliarde € in den Ausbau, den Neubau und die Instandsetzung der Bundesautobahnen in Nordrhein-Westfalen investieren. Das ist ein Wert, den dieses Bundesland noch nie erreicht hat und den wir nur mit Hilfe des Konjunkturprogramms erreichen konnten, weil wir in den vergangenen Jahren Vorsorge getroffen und Planfeststellungsverfahren zu Ende gebracht haben, bei denen Sie nicht den Mut hatten, sie zu Ende zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Kollege Wißen, Sie haben gefragt, was in Nordrhein-Westfalen aufgrund des Konjunkturpakets I und II der Bundesregierung passiert. Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen noch regieren würden, würde sich nichts tun, weil Sie nicht die Möglichkeiten geschaffen hätten, das Geld, das in Berlin bereitgestellt wird, auch tatsächlich bei uns in Nordrhein-Westfalen zu verbauen.

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Was haben Sie angemeldet?)

Das ist jetzt anders, und das ist nicht Selbstzweck, sondern wir sorgen dafür, dass mit einer ordentlichen Verkehrsinfrastruktur die Wirtschaftsstruktur gestärkt wird und das Land Nordrhein-Westfalen auch wirtschaftlich noch erfolgreicher werden kann.

Ich will ein anders Beispiel nennen. Sie haben mir vor drei Jahren vorgeworfen, dass ich angekündigt habe, keine Schienenvorrangpolitik mehr zu betreiben. Ja, das ist richtig. Ich bleibe dabei: Es gibt keine Schienenvorrangpolitik mehr in diesem Land. Es gibt auch keine Straßenvorrangpolitik und keine Binnenwasserstraßenvorrangpolitik. Es gibt eine Verkehrsvorrangpolitik in Nordrhein-Westfalen, weil wir die benötigen, um in Zukunft dem Ansturm der Verkehre gerecht werden zu können.

(Beifall von der CDU)

Deshalb haben wir vor Weihnachten ein großes Bahnpaket für Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht. Wir werden in den nächsten Jahren in einer ersten Modernisierungsoffensive weitere 108 Bahnhöfe für mehr als 400 Millionen € in Ordnung bringen. Wir werden die großen Verkehrsbahnhöfe in Münster, Dortmund, Duisburg und Essen in Ordnung bringen.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass der Rhein-Ruhr-Express nicht nur geplant, sondern auch gebaut wird. Wir haben zum ersten Mal eine Finanzierungssicherheit für den Rhein-Ruhr-Express. Etwas, was Sie über Jahre mit Metrorapid, Metroexpress, Transrapid – und wie die ganzen Vorgängermodelle hießen – nicht hinbekommen haben.

(Beifall von der CDU)

Wir werden im Übrigen auch dafür sorgen, dass der Güterverkehr verstärkt auf die Schiene gebracht werden kann. Seitdem Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen regiert, hat die Betuwe-Linie an Fahrt aufgenommen. Wir werden das Planfeststellungsverfahren für das dritte Gleis zu Ende bringen. Wir werden die Bahnübergänge beseitigen und wir werden endlich für Lärmschutz entlang der Strecke sorgen, deren Durchsetzung Sie jahrelang hier in Nordrhein-Westfalen versäumt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Und wir haben Bewegung in den Eisernen Rhein gebracht, eine leistungsfähige Güterverkehrsanbindung zwischen Antwerpen und dem Rhein-Ruhr-Gebiet. Ein Thema, bei dem Sie sich zehn Jahre lang in Duldungsstarre ergangen haben. Sie haben sich zurückgelehnt und erklärt: Wir warten mal ab, was Belgien und die Niederlande wollen, und dann schauen wir, wie wir damit umgehen. Wir haben die Initiative ergriffen, wir haben den Nationalstaaten Feuer unterm Hintern gemacht. Das war dringend notwendig, weil wir nicht den Kollaps auf unseren Autobahnen, sondern mehr Verkehre auf den Schienen haben wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Weil wir gerade dabei sind, will ich noch etwas zum Luftverkehr sagen, nur um das Thema abzurunden: Jawohl, wir haben unsere Ankündigung wahr gemacht, wieder eine aktive Luftverkehrspolitik für Nordrhein-Westfalen zu machen. Wir hatten den Mut, eine neue Betriebsgenehmigung für den Düsseldorfer Flughafen zu erlassen, mit dem Ergebnis, dass die höchsten Wachstumsraten aller europäischen Airports hier bei uns in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf, stattfanden:

(Beifall von CDU und FDP)

mit über einer Million mehr Passagiere als zu Ihrer Zeit, mit 46 Destinationen, die zusätzlich von Düsseldorf aus erreichbar sind, und, was das Wichtigste ist, mit 2.500 neuen Arbeitsplätzen am Düsseldorfer Flughafen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben uns auch erlaubt, Planungssicherheit am Köln/Bonner-Flughafen zu schaffen. Wir haben die Nachtflugregelung bis zum Jahr 2030 verlängert und damit den Weg freigemacht für eine 70-Millionen-€-Investition von FedEx, die im nächsten Jahr ihr europäisches Drehkreuz von Frankfurt nach Köln verlagern werden, sodass wir auch dort neue Arbeitsplätze gewinnen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Und ich hätte mich gefreut, wenn wir all diejenigen bei dieser unpopulären Entscheidung an unserer Seite gehabt hätten, die sich in den letzten Tagen und Wochen zum Robin Hood des Kölner Flughafens aufgespielt haben. Das war an Verlogenheit wohl wirklich nicht zu überbieten.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie sehen: Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen hat Fahrt aufgenommen. Verkehrspolitik hat Vorrang. Wir brauchen gut ausgebaute Straßen, attraktive Schienenverbindungen, gut ausgebaute Wasserwege, eine funktionierende Luftfahrtinfrastruktur, weil wir diesen Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stärken wollen und weil wir den Anforderungen eines wachsenden Verkehrs auch in Zukunft gerecht werden wollen. Diese Politik werden wir auch in diesem Jahr 2009 konsequent fortsetzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Ende der Beratungen des Einzelplans 14.

Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar erstens über die Änderungsanträge und zweitens über den Einzelplan 14 insgesamt entsprechend der

Beschlussempfehlung. Und weil alle im Moment sehr wach sind, müssen wir auch nicht aufstehen und uns wieder setzen.

Wir beginnen gleich mit dem ersten **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8402**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zum Einzelplan 14 zu? – Die SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8403**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Kollege Sagel, fraktionslos, ist nicht im Raum. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8404**: Wer stimmt dem zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8405**: Wer stimmt dafür? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8406**. Wer stimmt ihm zu? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8407**: Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer enthält sich? – SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8408**: Wer stimmt dem zu? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8409**: Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8410**: Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8411**: Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8412**: Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD. Ist jemand dagegen? – CDU und FDP. Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8413**: Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Ist jemand dafür? – Die Grünen sind dafür. **Abgelehnt.**

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8414** zum Einzelplan 14: Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. **Abgelehnt.**

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den gesamten Einzelplan 14 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8014**. Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Gibt es jemanden hier im Raum, der sich enthalten will?

(Zuruf: Herr Sagel!)

– Das ist nicht der Fall; der Kollege Sagel, fraktionslos, ist nicht mehr anwesend. – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 14 beschlossen**.

Vizepräsident Oliver Keymis: Wir kommen zu:

Einzelplan 12
Finanzministerium
Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Ich weise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/8012 und 14/8020 sowie die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Trampe-Brinkmann. Ich darf die Kollegen um Ruhe bitten, wenn Sie den Saal verlassen. Wir wollen auch dem Redner noch zuhören, der zu später Stunde – es ist 22:07 Uhr – das Wort hat. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit den Beratungen der Einzelpläne 20 und 12 debattieren wir aus meiner Sicht die wichtigsten Haushaltspläne, da gerade diese beiden die in Zahlen gegossene politische Absichtserklärung darstellen.

Dies konnte man heute schon den ganzen Tag über feststellen. Meine Kollegin, Gisela Walsken, hat hierzu schon zum Auftakt der heutigen Debatte die Position der SPD-Landtagsfraktion dargelegt. Auch mit Blick auf die vorgerückte Stunde möchte ich nur auf einige Punkte dieser Einzelpläne eingehen und dabei den Streit über den Schuldenstand des Landes nicht nochmals aufgreifen. Fakt ist aber, dass Sie die Landesverschuldung trotz Steuermehreinnahmen von mittlerweile 8 Millionen € heute wohl

auf einen historischen Höchststand getrieben haben.

Als Sprecher meiner Fraktion im Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses möchte ich den Fokus auf die Fragen der Personalpolitik legen, die sich in diesen Haushaltsplänen niederschlagen.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister sowie der Ministerpräsident haben in verschiedenen Erklärungen den Beamtinnen und Beamten dieses Landes zugesichert, den Abschluss der aktuellen Tarifverhandlungen 1:1 zu übertragen. Hierfür haben Sie, Herr Minister Linssen, offensichtlich vorgesorgt und im Einzelplan 20 schon ein Sparbuch in Höhe von 407 Millionen € angelegt. Dieser Posten der allgemeinen Verstärkungsmittel steigt damit also gegenüber dem Vorjahr um 310 Millionen € an.

Wenn also an dieser Stelle politischer Wille in Zahlen gegossen wird, so lassen Sie mich Sie an Ihr Versprechen erinnern. Gerade weil wir im Anschluss auch noch über die Änderungen im Landesbeamtengesetz diskutieren werden, ist es mehr als erforderlich, Ihre seit nunmehr drei Jahren andauernde Politik der Einschnitte gerade im Bereich der Beamtenbesoldung zu beenden. Ich erinnere an die schmerzlichen Einschnitte besonders des letzten Jahres, in dem die Besoldungsanpassung erst zum 1. Juli vorgenommen worden ist.

Ich kann Sie nur auffordern, auch auf Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Verhandlungsrunden hinzuwirken, möglichst schnell einen Tarifabschluss herbeizuführen, damit mögliche Streiks im öffentlichen Dienst verhindert werden.

(Beifall von der SPD)

Dies ist aktuell umso wichtiger, je näher wir an den Zeitpunkt der Umsetzung des Konjunkturpakets kommen. Es wäre überaus kontraproduktiv, wenn der politische Wille der Konjunkturankurbelung auf eine Hardlinerposition der Arbeitgeber im aktuellen Tarifkonflikt trifft.

(Beifall von der SPD)

Gerade in diesen Zeiten scheint es mir mehr als geboten, die Kräfte zu bündeln und sie an dieser Stelle nicht auseinanderzuidividieren.

Herr Linssen, schon heute Morgen haben Sie sich über Gebühr von Ihren Koalitionskolleginnen und -kollegen feiern lassen, da Sie angeblich den besten Haushalt seit 35 Jahren aufgestellt hätten.

(Bodo Wißen [SPD]: Seit Jahrhunderten!)

– Seit Jahrhunderten, ja.

Dass der Haushaltsausgleich nicht dargestellt wurde, begründen Sie unter anderem auch mit den Zuführungen, die Sie für die Versorgung der Pensionäre vorgenommen haben. Bis heute haben Sie uns aber nicht die Frage unseres ehemaligen Kolle-